



# Schritt für Schritt eine kommunale Photovoltaik-Strategie entwickeln und umsetzen

Ob in einem Klimaschutzkonzept festgelegt oder nicht: Der Ausbau erneuerbarer Energien ist für Kommunen in ganz Deutschland eine wichtige Aufgabe, die es gilt strategisch anzugehen. Mit einer gezielten und durchdachten Photovoltaik-Strategie (PV-Strategie) kann Ihre Kommune Ihrer Vorbildfunktion im Bereich Klimaschutz gerecht werden. Auch für Ihre Bürger\*innen lohnt sich Ihr Engagement: Mit Photovoltaik schaffen Sie eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Stromversorgung, die hohe Akzeptanz genießt.

Teil der Klima-  
Maßnahmen-Box:  
Kommunale  
PV-Strategie  
entwickeln und  
umsetzen

Wie Sie Ihre Kommune bei der Entwicklung einer PV-Strategie unterstützen können, zeigen wir Ihnen im Folgenden Schritt für Schritt. Unabhängig von der Größe Ihrer Kommune ist es für die Entwicklung und Umsetzung der Strategie empfehlenswert, die sich Ihnen bietenden Gestaltungsspielräume zu nutzen. Vernetzen Sie sich innerhalb der Verwaltung, um gemeinsam an der Strategie zu arbeiten. Holen Sie bei Bedarf externe Unterstützung dazu. Die Landesenergieagenturen haben dabei häufig bundeslandspezifische Angebote. Die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA-BW) hat beispielsweise ein [PV-Netzwerk](#), das Kommunen unterstützt.



**PV WIRD ÜBLICHERWEISE UND  
NACH BEDARF IN DEN FOLGENDEN  
BEREICHEN EINGESETZT:**

- **im Bereich kommunale Liegenschaften**
- **auf anderen Dachflächen**
- **auf Freiflächen**

## Schritt 1 Potenziale ermitteln

### Kommunale Liegenschaften:

Kommunale Gebäude wie Schulen oder Verwaltungsgebäude passen sehr gut zum Nutzungsprofil von PV-Anlagen, da hier der Strombedarf tagsüber besonders groß ist – also genau dann, wenn die Solaranlage viel Strom produziert.

### Wie können Sie geeignete Liegenschaften und die entsprechenden Dachflächen identifizieren?

Nutzen Sie zur Auswahl geeigneter kommunaler Dachflächen beispielsweise Solardachkataster oder eigene Luftaufnahmen. Die Erfahrung zeigt, dass es lohnenswert sein kann, mit den örtlichen Stadtwerken beziehungsweise lokalen und regionalen Energieversorgern zusammenzuarbeiten. Bedenken Sie bei der Auswahl auch die Dachflächen von Betriebsgebäuden wie Bauhof und Kläranlage, geeignete Fassaden und große Parkplätze.

Mit dem Environmental Insight Explorer (EIE) bietet Google eine kostenlose Möglichkeit, geeignete Daten in einer Karte angezeigt zu bekommen. Das [Klimabündnis](#) unterstützt Kommunen bei der Nutzung. Zusätzlich zur Datenanalyse von Geodatenanbietern eignen sich Vor-Ort Begehungen. Für jede Liegenschaft sollten Sie Kriterien festlegen, die eine Bewertung der Eignung für eine Solaranlage ermöglichen. Dazu zählen die Statik, der Sanierungszustand und etwaiger Denkmalschutz.

### Wie werden die Potenziale der identifizierten Liegenschaften und Dachflächen ermittelt?

Um die Ausbauziele vorzubereiten, bietet sich eine Priorisierung der kommunalen Dächer an. Besonders wichtig sind dabei die Wirtschaftlichkeit der Investition und die baulichen Voraussetzungen des Gebäudes. Die Checkliste in dieser Klima-Maßnahmen-Box hilft Ihnen, die wichtigsten Aspekte geeigneter Dachflächen im Blick zu behalten.

Holen Sie sich bei der Ermittlung der Potenziale interne und / oder externe Unterstützung. Über die Kommunalrichtlinie (KRL) im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) können Sie sich [Machbarkeitsstudien](#) fördern lassen. Bitte beachten Sie, dass Sie für Machbarkeitsstudien für Photovoltaik-Freiflächenanlagen keine Zuschüsse über die KRL erhalten können. Auch bei etwaigen landesrechtlichen Verpflichtungen ist eine Förderung nicht möglich.



### PRAXISTIPP

Nutzen Sie geeignete Dachflächen voll aus. Das senkt die Investitionskosten, da große Anlagen pro Kilowatt installierter Leistung günstiger sind. Große Anlagen liefern zudem an bewölkten Tagen mehr Strom als kleine Anlagen. Planen Sie also bei allen Dachflächen die größtmögliche Ausnutzung, die technisch und wirtschaftlich darstellbar ist.

### Andere Dachflächen:

Auch das Potenzial anderer Dachflächen können Sie, um Ausbauziele zu definieren, über Solardachkataster ermitteln. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) bietet einen [Atlas](#), der (zumindest) gemeindescharf das Potenzial für Solaranlagen auf Dächern aufzeigt. Auch hier kann der Environmental Insight Explorer (EIE) genutzt werden.

Für viele Kommunen bietet sich zur Ermittlung der Potenziale die Zusammenarbeit mit einem Dienstleister oder der regionalen Energieagentur an, sofern die Möglichkeiten gegeben sind. Auch die Landesenergieagenturen können dazu beraten.

### Freiflächen:

Durch Freiflächen-PV (FF-PV) kann günstiger Strom erzeugt werden, die regionale Wertschöpfung wird gesteigert und als Kommune können Sie finanziell profitieren. Zur Analyse geeigneter Flächen helfen Ihnen folgende Leitfragen.

### Welche Flächen erfüllen die förderrechtlichen Voraussetzungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG)?

Um eine gesetzliche Vergütung nach dem EEG in Anspruch nehmen zu können, muss eine PV-Anlage auf einer vergütungsfähigen Fläche – auch EEG-Flächenkulisse genannt – stehen. Laut des Leitfadens „Photovoltaik auf Freiflächen“ von NRW.Energy4Climate sind unter anderem folgende Flächen durch das EEG vergütungsfähig:

- Streifen entlang von Autobahnen oder Schienen (500 m breit)
- sogenannte Konversionsflächen, die eine frühere Nutzung hatten, aktuell brachliegen und nun für einen neuen Zweck umgewandelt werden sollen
- versiegelte Flächen
- Flächen im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- Flächen, für die ein Planfeststellungsverfahren mit Beteiligung der Kommune durchgeführt wurde (zum Beispiel Deponien)

### Welche Restriktionen und Ausschlusskriterien gelten für Flächen?

Bei der Auswahl der Flächen ist es wichtig, sie auf natürliche und rechtliche Einschränkungen zu prüfen. Liegen solche Einschränkungen vor, spricht man von Restriktions- und Ausschlussflächen; sie sind für FF-PV ungeeignet. Einschränkungen sind:

- Natürliche Gewässer
- Wald
- Verkehrsflächen
- Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiete
- Vogelschutzgebiete (VSG)
- Naturschutzgebiete (NSG)
- Geschützte Landschaftsbestandteile

### Welche planungs- und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden?

Für den Bau einer PV-Freiflächenanlage muss eine Bauleitplanung erfolgen, für die Sie als Kommune zuständig sind. Diese Planung beinhaltet die Aufstellung eines Bebauungsplans inklusive Umweltprüfung und naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung. Auch die Belange der Landwirtschaft, des Natur- und Landschaftsschutzes, des Denkmalschutzes sowie des Immissionsschutzes müssen Sie berücksichtigen. Gegebenenfalls ist auch eine Anpassung des Flächennutzungsplans notwendig.

### Welche Möglichkeiten gibt es für eine Erstausswahl der Flächen?

Für eine erste Recherche bieten sich Solar- und Flächenkataster an, die online zu finden sind. Darin werden häufig bereits EEG-Flächenkulissen angezeigt. Die Kataster sind über verschiedene öffentliche Einrichtungen wie Landesämter, Regionalverbände, Städte und Gemeinden zu finden. Für den analogen Weg sind Katasterämter und Bezirksregierungen die richtigen Ansprechpartner.

### Welche Aspekte müssen Sie bei einer detaillierten Vorprüfung der Standorte berücksichtigen?

Nach der Vorauswahl über ein entsprechendes Kataster müssen Sie bei der Detailprüfung der Fläche ermitteln, ob sie für eine PV-Anlage geeignet ist. Dafür ist es besonders wichtig, dass möglichst viel Sonnenlicht auf die installierten Module fallen kann. Die Ausrichtung hin zur Sonne, keine oder wenig Verschattung und ein möglichst rechteckiger Zuschnitt sind die entscheidenden Kriterien. Prüfen Sie gemeinsam mit dem Stromanbieter auch, ob eine Netzanbindung vorliegt oder möglich ist. Lange und komplizierte Kabelverlegungen können die Kosten in die Höhe treiben.

### Welche besonderen Flächen können für FF-PV genutzt werden?

Bedenken Sie bei der Bestimmung von Potenzialen im Rahmen der Erarbeitung Ihrer PV-Strategie auch sogenannte besondere Solaranlagen, die seit 2023 über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert werden. Bei diesen Anlagen wird die Stromerzeugung mit einer parallelen Nutzung der Fläche verknüpft. Zu solchen Anlagen gehören:

- Agri-PV: Die Flächen werden weiterhin überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Die PV-Module sind auf Ständern montiert und lassen eine landwirtschaftliche Nutzung zu.
- Parkplatz-PV: Die Module produzieren Strom und schützen die geparkten Autos vor Wind und Wetter.
- Moor-PV: Die Wiedervernässung von Mooren wird mit der Stromproduktion kombiniert.
- Floating-PV: Die Module schwimmen auf künstlichen oder erheblich veränderten Gewässern.

Welche Anforderungen diese besonderen Solaranlagen erfüllen müssen, hat die Bundesnetzagentur definiert.

## Schritt 2: Ziele und Schwerpunkte definieren

Hat Ihre Kommune ein Klimaschutzkonzept mit konkreten Treibhausgasminderungszielen, sollte Ihre PV-Strategie auf diese Ziele einzahlen. Berücksichtigen Sie dabei, ob Ihre Kommune selbst für den Ausbau verantwortlich ist oder ob die Ziele durch das kommunale Handeln lediglich positiv beeinflusst werden können.

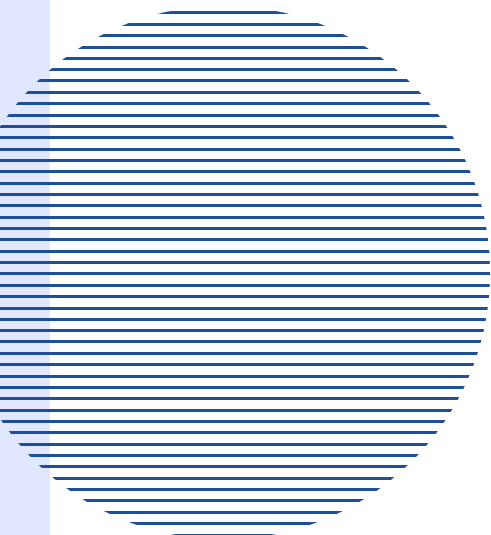
### Welche Ziele können Sie mit dem PV-Ausbau verfolgen?

Seien Sie bei der Zieldefinition so konkret wie möglich: Wo wollen Sie in Sachen PV wann stehen? Ein konkreter Ausbauplan für das gesamte Kommunalgebiet mit Zielen für die kommunalen Liegenschaften, für weitere Dachflächen und für Freiflächen unterstreicht die Glaubwürdigkeit Ihrer Ambitionen.

Der Solar Cluster Baden-Württemberg e.V. hat beispielhaft ein Zielszenario für eine Kommune entworfen, das ganz konkrete Werte definiert und ein gutes Beispiel für eine ambitionierte kommunale PV-Strategie ist:

JAHR	ZUBAU	BEISPIELE FÜR LIEGENSCHAFTEN
2025	350 kW <sub>p</sub>	Kläranlage, Feuerwehrgebäude, Kindergarten
2026	450 kW <sub>p</sub>	Stadthalle, Schulgebäude
2027	550 kW <sub>p</sub>	zwei Gebäude auf Bauhof, Gemeindezentrum
2028	650 kW <sub>p</sub>	Rathaus, Stadtverwaltung, Kindergarten
<b>Summe Zubau bis 2028</b>	<b>2.000 kW<sub>p</sub></b>	
2029	600 kW <sub>p</sub>	Realschulgebäude, Kita, Sporthalle
2030	500 kW <sub>p</sub>	weitere Gebäude
2035	1.300 kW <sub>p</sub>	Freiflächenanlage auf alter Deponie
2040	600 kW <sub>p</sub>	Neubau Verwaltung, zwei Sporthallen
<b>Summe Zubau bis 2040</b>	<b>5.000 kW<sub>p</sub></b>	<b>bis 2040 (gesamt)</b>

**Abbildung:** Beispielhafte Strategie für den Ausbau von PV-Anlagen. Quelle: Solar Cluster Baden-Württemberg e.V.



## Schritt 3: Strategie politisch verankern und Umsetzungsmodelle finden

Mit einem konkreten PV-Ausbauplan übernehmen Sie als Kommune nicht nur die Verantwortung für Ihren eigenen Einflussbereich, sondern motivieren als Vorreiter auch andere Akteure, das Thema anzugehen und die Energiewende vor Ort voranzubringen. Durch geeignete Betreibermodelle können Sie regionale Unternehmen und Bürger\*innen aktiv in Ihre PV-Strategie einbinden.

### Wen müssen Sie innerhalb der Kommune einbinden?

Als Klimaschutzpersonal koordinieren Sie den Prozess nach innen und außen. Es kann aber auch eine eigene Stabsstelle für den PV-Ausbau eingerichtet werden. Wichtig ist, dass die Verwaltungsspitze hinter den Zielen des Ausbaus steht. So werden die Prozesse innerhalb der Verwaltung beschleunigt und die Glaubwürdigkeit in der externen Wahrnehmung steigt.

### Wie können Sie Ausbauziele legitimieren?

Für die Umsetzung des Ausbaus von PV auf den eigenen Liegenschaften müssen Sie einen Beschluss in Ihrem Gemeinderat bewirken. Am besten eignet sich ein Grundsatzbeschluss, der den Ausbau für alle geeigneten kommunalen Liegenschaften in einem bestimmten Zeitraum abdeckt. Dadurch sparen Sie Zeit, weil Sie nicht jedes Projekt einzeln vom Gemeinderat beschließen lassen müssen. Nach außen gewinnt Ihre Strategie an Transparenz. Außerdem können im Gesamtbild weniger wirtschaftliche Projekte durch wirtschaftlichere Projekte ausgeglichen werden. Die wirtschaftliche Gesamtbilanz wiederum erhöht voraussichtlich die Akzeptanz im Gemeinderat.

### Welche Betreibermodelle bieten sich für kommunale Liegenschaften an?

Viele Kommunen stehen vor der Herausforderung, nicht die notwendigen finanziellen Mittel zu haben, um bei allen Projekten selbst Entwicklerin und Betreiberin zu sein. Suchen Sie sich deshalb Kooperationspartner für Ihre Projekte. Das hat neben finanziellen Aspekten weitere Vorteile wie einen geringeren Personalaufwand auf kommunaler Seite und eine schnellere Umsetzung der Projekte. Mögliche Kooperationspartner sind:

- Stadtwerke beziehungsweise regionale Versorgungsunternehmen
- Bürgerenergiegenossenschaften, Solarvereine
- Ortsansässige Solarfirmen (produzierendes Gewerbe/Dienstleistende/Handwerksbetriebe)
- Überregionale Anbieter von Mieterstrom-Projekten

Sie haben verschiedene Möglichkeiten, um PV-Projekte mit Kooperationspartnern für Ihre Liegenschaften umzusetzen:

- Dachfläche verpachten: Sie können Ihre Dachflächen an Kooperationspartner, die dann eine PV-Anlage errichten und betreiben, verpachten. Der Partner ist dann auch für den Vertrieb des Stroms und den Betrieb der Anlage zuständig.
- PV-Miete: Sie können die durch Kooperationspartner errichtete PV-Anlage (zurück)mieten und den Strom selbst nutzen und vertreiben.



### STROMBILANZKREIS

Mit einem sogenannten Strombilanzkreismodell haben Sie als Kommune die Möglichkeit, Strom ins Netz einzuspeisen und ihn in einer anderen Liegenschaft zu nutzen. Sie bekommen den Strom dann nicht über das EEG vergütet. Die Wirtschaftlichkeit dieses Modells hängt vom Stromtarif ab. Mehr Informationen finden Sie zum Beispiel auf der Seite der Landesenergie- und Klimaschutzagentur Mecklenburg-Vorpommern ([LEKA-MV](#)).

Für die beschriebenen PV-Mietmodelle müssen die Rechte und Pflichten, die damit einhergehen, vertraglich geregelt werden. Nutzen Sie dafür Mustervorlagen wie [diese von der Energieagentur Niedersachsen](#).

Es gibt verschiedene Rechtsformen, mit denen auch Bürger\*innen vom Ausbau von PV-Anlagen profitieren können. Dazu zählen unter anderem Bürgerenergiegenossenschaften. Unterstützen Sie diese Vorhaben in Ihrer Kommune und profitieren Sie auf zweierlei Weise: einerseits von der gestiegenen Akzeptanz der Bürger\*innen für die Energiewende, andererseits von der kooperativen Umsetzung von PV-Projekten. Unterstützung bietet zum Beispiel die Energieagentur [Energy4Climate](#) aus NRW.

### Wer realisiert PV-Freiflächenanlagen?

Als Kommune haben Sie die Möglichkeit, den Bebauungsplan auf eigene Kosten aufzustellen. Das eröffnet Ihnen Gestaltungsspielräume, zum Beispiel für die Beteiligung von Bürger\*innen, um gemeinsam ein transparentes Konzept für die Gemeindeflächen zu entwickeln.

Sie haben auch die Möglichkeit, vorhabenbezogene Bebauungspläne zusammen mit einem potenziellen Betreiber zu entwickeln. Der Bebauungsplan hat dann den Zweck, ein geplantes Vorhaben zu genehmigen. Der potenzielle Anlagenbetreiber übernimmt üblicherweise die Kosten des Verfahrens.

Entscheidend für Anlagenbetreiber ist die Wirtschaftlichkeit durch die Nutzung oder die Vergütung der gewonnenen Energie. Neben der Einspeisevergütung durch das EEG für PV-Freiflächenanlagen auf bestimmten Flächen (siehe Schritt 1), gibt es die Möglichkeit, sogenannte Power Purchase Agreements (PPA) (auf Deutsch etwa „Stromkaufvereinbarungen“) zu treffen oder Direktlieferverträge mit nahegelegenen Unternehmen mit hohem Energieverbrauch zu schließen. So kann auch ohne die Einspeisevergütung eine wirtschaftliche Anlage betrieben werden und die Auswahl an potenziellen Flächen im Gebiet Ihrer Kommune wird größer.

Die Zusammenarbeit mit externen Partnern bei der Umsetzung von PV-Freiflächenanlagen hat viele Vorteile: Als Kommune erzielen Sie Einnahmen (Pacht, Gewinnbeteiligung, Gewerbesteuer), ohne selbst investieren zu müssen. Wenn es lokale Unternehmen sind, die investieren, ergeben sich positive Wertschöpfungseffekte.

### Wie können Sie Akteure in die PV-Strategie einbinden?

So wie Sie Ihre eigenen PV-Projekte auf den kommunalen Liegenschaften mit Kooperationspartnern umsetzen, können Sie auch andere Akteure zusammenbringen, die gemeinsam PV-Projekte umsetzen. Denken Sie zum Beispiel an Stadtwerke, ansässige Unternehmen, Genossenschaften, lokale Banken, Wohnungsbauunternehmen, Industrie- und Handelskammern. Seien Sie bei der Informationsmitteilung und Vernetzung kreativ: Veranstalten Sie Solar-Beratungstage oder Workshops, Fahrradtouren, Spaziergänge oder Energiewenditage. Machen Sie Öffentlichkeitsarbeit für Ihre PV-Strategie.

Bei ausreichend finanziellen Mitteln können Sie den Ausbau von PV-Anlagen auch fördern. Beispielsweise für einkommensschwache Haushalte, Wohnungseigentümergemeinschaften oder ortsansässige Betriebe.

Auch bei der Gestaltung neuer Quartiere mit privatem Wohnungsbau haben Sie die Möglichkeit, den Ausbau von PV zu steuern. Legen Sie in Bebauungsplänen für neue Baugebiete die Installation von PV-Anlagen verbindlich fest. Die Energieagentur aus Niedersachsen hat dafür eine [Musterbegründung](#) entwickelt. Auch [städtebauliche Verträge](#) und eine [verbindliche Bauleitplanung](#) helfen beim Ausbau von PV bei Neubausprojekten. In der [Klimaschutz-Toolbox](#) auf [klimaschutz.de](#) finden Sie dazu Veröffentlichungen mit entsprechenden Formulierungsmöglichkeiten.

## Schritt 4: Strategie umsetzen und Wertschöpfung generieren

### Wie können Sie Projekte aus der PV-Strategie umsetzen?

Legen Sie fest, wer in der Verwaltung die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie trägt. Beim ersten Projekt muss vieles beachtet werden und die Abläufe müssen neu erlernt werden. Diese [Kurzanleitung](#) zur Umsetzung eines solchen Projekts kann Ihnen dabei helfen. Auch die [Checkliste](#) der Thüringer Energieagentur bietet Unterstützung.

Die PV-Strategie sollte möglichst durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. Dadurch wird die Akzeptanz für die einzelnen Projekte gesteigert und die Vorreiterrolle der Verwaltung wird deutlich. Außerdem finden sich dadurch womöglich weitere Kooperations- und Netzwerkpartner. Die Energieagentur aus Hessen bietet hessischen Kommunen Materialien und Leitfäden zur Umsetzung einer [Solarkampagne](#). Auch in Berlin startete 2024 eine [Informationskampagne](#) für mehr Solarenergie.

### Wie können Sie die Wertschöpfung der PV-Strategie bewerten?

Von Ihrer PV-Strategie profitiert nicht nur das Klima, sondern es werden auch Wertschöpfungseffekte für Ihre Kommune generiert. Durch die Verpachtung von Dachflächen an eine Bürgerenergiegenossenschaft zur Installation einer PV-Anlage können in einer Stadt mit 35.000 Einwohner\*innen folgende Wertschöpfungseffekte entstehen:

- Gewinne nach Steuern für ansässige Handwerksbetriebe, Genossenschaft und Banken: 107.600 Euro
- Nettoeinkommen für die Beschäftigten der Handwerksbetriebe: 89.800 Euro
- Pachtzahlungen und Steuern an Kommune: 66.500 Euro
- Beschäftigte: einmalig 0,5 Vollzeitäquivalente + jährlich 0,1 Vollzeitäquivalente

Nutzen Sie einen [Wertschöpfungsrechner](#), um den durch Ihre Strategie entstandenen Wertschöpfungseffekt zu berechnen.

## Schritt 5: Weitere Möglichkeiten sondieren und Erfolge sichtbar machen

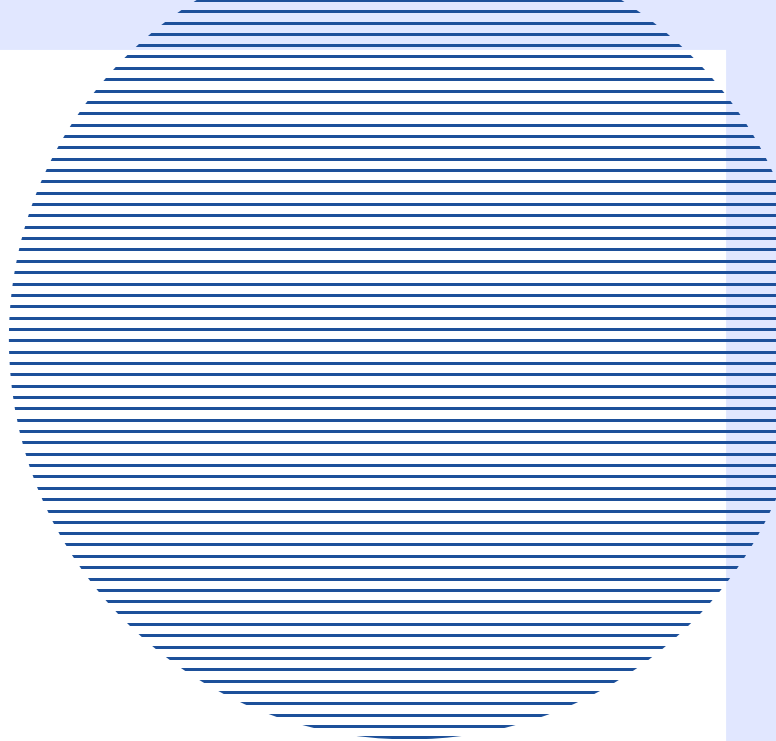
### Können PV-Anlagen auch zur Wärmeerzeugung genutzt werden?

Überlegen Sie, ob Sie den Ausbau von PV in Ihrer Kommune auch zur Erzeugung von Wärmeenergie nutzen wollen. Koppeln Sie dabei die PV-Strategie mit der zu entwickelnden kommunalen Wärmeplanung. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat eine [#Klimahacks-Ausgabe](#) zum Thema Freiflächen-Solarthermie herausgegeben, die Ihnen die wichtigsten Schritte bei der Umsetzung solcher Projekte erläutert.

### Wie können Sie die Umsetzung der PV-Strategie möglichst transparent darstellen?

Mit dem gezielten Ausbau von PV leisten Sie als Kommune einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele. Außerdem schaffen Sie für Ihre Bürger\*innen eine nachhaltige und unabhängige Energieversorgung. Zeigen Sie Ihre Erfolge also, indem Sie die Umsetzung transparent und öffentlichkeitswirksam begleiten. Möglichkeiten dafür sind unter anderem:

- Werden Sie Teil des [Wattbewerbs](#), bei dem Städte und Gemeinden den PV-Ausbau vergleichen können und so spielerisch gegeneinander antreten.
- Das Klima-Bündnis hat mit dem [Klimaschutz-Planer](#) eine Software zur Darstellung der Erfolge auf der eigenen Website entwickelt
- Bringen Sie Bildschirme an den Gebäuden an, auf denen PV-Anlagen installiert werden. Das zeigt den Menschen vor Ort, was die Anlage leistet und wie viele Treibhausgasemissionen dadurch eingespart werden.



---

## Impressum

### Herausgeber

Agentur für kommunalen Klimaschutz am Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH (Difu),  
Zimmerstr. 13-15, 10969 Berlin, im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz,  
Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN)

**Autor\*innen:** Ludwig Hentschel | **Redaktion:** Susanne Müller

### Layout

Drees + Riggers GmbH

Alle Rechte vorbehalten. Berlin, Dezember 2025.

Diese Veröffentlichung wird kostenlos zum Download angeboten und ist nicht  
für den Verkauf bestimmt.

Im Auftrag des:



Bundesministerium  
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit



NATIONALE  
KLIMASCHUTZ  
INITIATIVE